

## Grosser Gemeinderat Interlaken

### Protokoll der 5. Sitzung

Dienstag, 10. Dezember 2024, 16:00 Uhr  
Aula Gymnasium Interlaken

Vorsitz Liechti Anja, SP  
Stimmen-  
zählende Thali Irene, SP  
Trafelet Michelle, FDP

	<i>weiter anwesend</i>	<i>abwesend</i>
FDP	Boss Pia, Chevrolet André, Michel Paul, Rügger Roger, Marjanovic Emel, Danieli Toni	
SVP	von Allmen Marcel, Roth Andreas, Häsler Erich, Wanner Stefan	Schenk Daniel, Nyffeler Christian, Bozic Marko
SP	Simmler Dorothea, Simmler Florian, Aulbach Adrian, Scheidegger Patrick	
GLP	Nyffeler-Lanker Manuela, Zürcher Ueli, Frederiksen Lars, Foiera-Brönnimann Franziska, Käser-Klossner Christine	
Grüne	Hänggi Sandra	von Hintzenstern Susanne
EVP	Amacher Sabrina, Balmer Marlis	
EDU	Reichen Josia	
<i>ohne Stimmrecht</i>		
JUPA		Hashimi Diana, Kyburz Kevin
Gemeinde- rat	Ritschard Philippe, Boss Kaspar, Betschart Christoph, Christ Franz, Fuchs Nils, Michel Peter, Ritschard Andreas	
Protokoll	Iseli Barbara	

### Traktanden

33. Protokoll
34. Wahl der Geschäftsprüfungskommission für die Legislatur 2025-2028
35. Wahl der ständigen Kommissionen für die Legislatur 2025-2028
36. Strategische Ziele des Gemeinderats für die Legislatur 2021-2024, Schlussbericht
37. Änderung Kurtaxenreglement
38. Überbauungsordnung Nr. 24 «Hotel Ostbahnhof», Beschluss
39. Motion Häsler/von Allmen, Günstigere Elektrizitätsenergiepreise für Interlaken, Beantwortung
40. Motion Wanner/von Allmen, Übernachtungen in Wohnwagen und Campern auf öffentlichen Parkplätzen respektive dem gesamten Gemeindegebiet zu untersagen, Begründung
41. Orientierungen / Verschiedenes

Ratspräsidentin Anja Liechti begrüsst alle zur letzten Sitzung der Legislatur. Sie fragt nach Abänderungswünschen zur Traktandenliste und informiert, dass das Traktandum 6 «Versuchsbetrieb neue Buslinie 108, Verpflichtungskredit» vom Gemeinderat zurückgezogen worden sei.

**33**            **B3.D**            Protokolle (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)

#### Protokoll

Das Protokoll der 4. Sitzung vom 15. Oktober 2024 wird genehmigt.

- 34**            **B3.A**            Organe, Behörden, Gremien (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)

**Wahl der Geschäftsprüfungskommission für die Legislatur 2025-2028**

*Es gibt keine Fragen oder Bemerkungen zu den eingereichten Wahlvorschlägen.*

**Beschluss:**

Auf Antrag der in der neuen Legislatur im Grossen Gemeinderat vertretenen Listen werden als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission für die Amtsdauer vom 1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2028 in globo gewählt oder \*wiedergewählt:

			Amtsantritt
Thali	Irene	SP/Grüne/JLB	01.01.2025
Balmer	Marlis	SP/Grüne/JLB (EVP)	01.01.2025
Aeschlimann	Reto	SVP	01.01.2025
* Michel	Paul	FDP	14.07.2014
Nyffeler	Manuela	GLP	01.01.2021-30.04.2022 / 01.01.2025

(einstimmig)

- 35**            **B3.A**            Organe, Behörden, Gremien (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)

**Wahl der ständigen Kommissionen für die Legislatur 2025-2028**

*Es gibt keine Fragen oder Bemerkungen zu den eingereichten Wahlvorschlägen.*

**Beschluss:**

Auf Antrag der in der neuen Legislatur im Grossen Gemeinderat vertretenen Listen werden als Mitglieder der ständigen Kommissionen für die Amtsdauer vom 1. Januar 2025 bis 31. Dezember 2028 in globo gewählt oder \*wiedergewählt (*kursiv: Kommissionsmitglieder von Amtes wegen, die nicht durch den Grossen Gemeinderat gewählt werden mussten*):

Abstimmungskommission

			Amtsantritt
<i>Günter</i>	<i>Nathalie</i>	SP/Grüne/JLB	<i>01.01.2025 (P gewählt durch GR)</i>
Liechti	Anja	SP/Grüne/JLB	01.01.2025
Röthlisberger	Cornelia	SP/Grüne/JLB	01.01.2025
* Burkhard	Beat	SVP	20.07.2015
* Zangari	Stefan	SVP	18.02.2019
* Rügger	Myriam	FDP	01.01.2021
Foiera	Simona	FDP	01.01.2025
* Schenk	Salome	GLP (EDU)	01.01.2021
* Wolf	Madeleine	EVP	01.02.2021

Wirtschafts- und Tourismuskommission

			Amtsantritt
Röthlisberger	Urs	SP/Grüne/JLB	01.01.2025
Zimmermann	Daniel	SP/Grüne/JLB	01.01.2025
Schranz	Daniele	SVP	01.01.2025

* Ritschard	Philippe	FDP	01.01.2021 (P vAw)
* Balmer	Marlis	GLP (EVP)	21.02.2023

Kommission für Kultur und Freizeit

			Amtsantritt
* Ritschard	Andreas	SP/Grüne/JLB	01.04.2020 (P vAw)
Feuz	Lea	SP/Grüne/JLB	01.01.2025
Züllig	Lara May	SP/Grüne/JLB	01.01.2025
* Schenk	Salome	SVP (EDU)	01.01.2023
Ley-Blättler	Bernadette	SVP	01.01.2025
Danieli	Toni	FDP	01.01.2025
* Burgermeister	Sandra	GLP	15.02.2022

Anerkennungskommission

			Amtsantritt
Hänggi	Sandra	SP/Grüne/JLB	01.01.2025
Roth	Andreas	SVP	01.01.2025

Finanzkommission

			Amtsantritt
* Simmler	Ruedi	SP/Grüne/JLB	23.02.2015
Müller	Sandro	SP/Grüne/JLB	01.01.2025
Thali	Irene	SP/Grüne/JLB	01.01.2025
* von Allmen	Marcel	SVP	01.01.2017
Häsler	Erich	SVP	01.01.2025 (P vAw)
* Daumüller	Fredi	FDP	01.01.2021
* Frederiksen	Lars	GLP	01.01.2021

Baukommission

			Amtsantritt
* Simmler	Florian	SP/Grüne/JLB	01.01.2021
* Günter	Nathalie	SP/Grüne/JLB	15.09.2021 (P vAw ab 01.01.2025)
Scheidegger	Patrick	SP/Grüne/JLB	01.01.2025
Schenk	Daniel	SVP	01.01.2025
Wanner	Stefan	SVP	01.01.2025
* Marjanovic	Emel	FDP	01.01.2021
Rüegger	Roger	FDP	01.01.2025
* Foiera-Brönnimann	Franziska	GLP	01.01.2021
Bieri	Lukas	EVP	01.01.2025
* Amacher <sup>1</sup>	Sabrina	EVP	01.01.2017 (M vAw ab 01.01.2025)

<sup>1</sup> Stimmrecht (inkl. Stichentscheid) beschränkt auf Geschäfte Ressort Tiefbau; Anwesenheitsrecht mit Beratungs- und Antragsrecht für Geschäfte Hochbau; zählt nicht für parteipolitische Sitzverteilung

Sicherheitskommission

			Amtsantritt
* Aulbach	Adrian	SP/Grüne/JLB	01.01.2017
Michel	Ramona	SP/Grüne/JLB	01.01.2025
Moser	Manuel	SP/Grüne/JLB	01.01.2025
Baumann	Mathias	SVP	01.01.2025
Dummermuth	Urs	SVP	01.01.2025
Fuchs	Nils	FDP	01.01.2025 (P vAw)
* Zürcher	Ueli	GLP	01.01.2021

Sozialkommission

			Amtsantritt
Uberti	Zina	SP/Grüne/JLB	01.01.2025 (P vAw)

Reichen	Josia	SVP (EDU)	01.01.2025
Boss	Pia	FDP	01.01.2025

(mit 25 Stimmen)

*Ratspräsidentin Anja Liechti* gratuliert den Gewählten und wünscht allen einen guten Einsatz und Freude in ihrer Kommission.

**36**            **B3.02.1**            Allgemeine Akten Gemeinderat

**Strategische Ziele des Gemeinderats für die Legislatur 2021-2024, Schlussbericht**

Der Gemeinderat hat seinen Schlussbericht über die Erreichung der strategischen Ziele 2021 bis 2024 schriftlich abgegeben.

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf eine Stellungnahme.

*André Chevrolet* nimmt Bezug auf den heutigen Zeitungsbericht und die Diskussion in der Fraktion. Er erläutert, ein solcher Rechenschaftsbericht über eine ganze Legislatur nehme viel Zeit in Anspruch. Er danke zuerst der ganzen Verwaltung als Zudiener der Legislaturziele, sowie auch dem Gemeinderat. Dort gebe es gewisse Abstriche, wo sie weniger glücklich gewesen seien in den letzten Jahren. Die Finanzen hätten dazu geführt, dass in einem demokratischen Prozess die Steueranlage erhöht worden sei. Die Stimmberechtigten hätten ein Zeichen gesetzt zuhanden des GGR und vor allem der Exekutive. Es sei ein knappes Abstimmungsergebnis gewesen. Das lasse Spielraum offen. Aber man höre von den Bürgern schon das eine oder andere. Die Steueranlageerhöhung habe die FDP gar nicht gefreut. Die Zielvorgabe sei, sparsam mit dem Haushalt umzugehen. Das habe die FDP im GGR in diesen vier Jahren immer gesagt – und sei in vielen Geschäften unterlegen. Die neue Exekutive und Legislative werde gut beobachtet werden, wie sie mit dieser Situation umgehe. Auch mit der Steueranlageerhöhung seien die Probleme nicht behoben. Ein weiteres Geschäft, welches das Parlament immer wieder beschäftigt habe, sei das Des Alpes-Areal. Dort gebe es aus ihrer Sicht gegenüber dem Rechenschaftsbericht Abstriche zu machen. Sie seien grundsätzlich nicht zufrieden und gespannt, wie es weiter gehe mit dem Restaurant. Die FDP habe seinerzeit beantragt, diese Liegenschaft zu veräussern. Es sei keine Kernaufgabe einer Gemeinde, ein Restaurant zu betreiben. Auch hier werde die Zukunft zeigen, wie sich das entwickle. Das Verkehrsregime sei erwähnt. Es sei tatsächlich so, dass in diesem Geschäftsfeld in den letzten vier Jahren keine grossen Stricke zerrissen wurden. In der vorhergehenden Legislatur habe es auch viel mehr parlamentarische Vorstösse gegeben, in dieser Legislatur sei relativ wenig gegangen. Er sei der Meinung, dass man im Verkehrsregime noch viele Aufgaben hätte – für den rollenden, aber auch für den stillen Verkehr in der Gemeinde. Zum Schluss empfahl er innezuhalten, um zu hören, was die Bevölkerung meine. Er habe das in den letzten Wochen getan. Es sei selbstverständlich ein grosser Strauss an möglichen Ideen. Er hoffe auf ein gutes Gelingen in der neuen Legislatur.

*Erich Häsler* gibt dem Vorredner in vielem, aber nicht in allem Recht. Auch er bedankt sich bei den Behörden. Es gebe positive Sachen, so sei die IT-Strategie 2022 erfolgreich, man habe die Tagesschule gemacht und einen Kinderspielplatz, man sei an der Ortsplanung – und habe diese zum Glück noch nicht abgeschlossen, sodass nun auch der neue Gemeinderat daran weiterarbeiten könne – das alles sei positiv. Das Negative sei wie angesprochen die Verschuldung. Er habe das Gefühl, dass immer noch nicht allen bewusst sei, dass die Gemeindefinanzen nicht gut seien. Es werde auch im neuen Gemeinderat ein grosses Problem sein, Sachen zu realisieren, wenn kein Geld vorhanden sei. Die massive Neuverschuldung, die durch den Gesamtgemeinderat verursacht worden sei – nicht allein, aber ausschlaggebend – sei sicher ein Minuspunkt. Ein weiteres ungelöstes Problem sei die unbrauchbare Aula. Ein Riesenthema sei auch der Investitionsstau bei den eigenen Liegenschaften, die nicht einmal kostendeckend vermietet würden. Es gebe also viel Arbeit und er sei gespannt, inwiefern es besser werden könne.

*Sandra Hänggi* dankt im Namen der Fraktion SP/Grüne allen Beteiligten. Es sei immer eine grosse Arbeit aufzuzeigen, wie was wo gelaufen sei. Sie lobt die Zwischenberichte – so müsse man nicht auf den grossen Bericht warten, sondern erfahre zwischendurch, was laufe. Negative und positive Sachen seien bereits erwähnt worden, sie wiederhole dies nicht. Nun gelte es, in die nächste Legislatur vorzuschauen, und es sei zu hoffen, dass man weiter so arbeiten könne.

**37 T1.C** Vorschriften, Gesetze, Verordnungen (Touristik, Gastgewerbe, Sport)

**Änderung Kurtaxenreglement**

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* erklärt, dass es keine grosse Änderung des Kurtaxenreglements sei, die aber doch eine gewisse Wichtigkeit habe. Im Zuge der Planungszone seien mit den letzten Änderungen im Kurtaxenreglement im Jahr 2019 bereits Grundlagen geschaffen worden, damit sich die Wohnungseigentümerschaften über den Einzug und die Ablieferung der Kurtaxe an die TOI bewusster würden. Als Folge der letzten Änderung und der verstärkten Kontrollen durch die Gemeindeorgane habe die Vermietung von verschiedenen Plattformwohnungen durch nachträgliche Baubewilligungsverfahren geregelt werden können.

Die vorgesehenen Änderungen von Artikel 8 und Artikel 8a gäben den notwendigen reglementarischen Rückhalt für die Anpassungen im öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen den Einwohnergemeinden Interlaken, Matten, Unterseen und Wilderswil und der TOI betreffend der Abläufe bezüglich Kurtaxen. Diese Vereinbarung sei nicht Gegenstand dieses Traktandums, bilde aber den Hintergrund der Reglementsänderung. Der öffentlich-rechtliche Vertrag definiere die Aufgaben von TOI und Gemeinden im Rahmen des Kurtaxenreglements betreffend Inkasso, Rechtsmittelverfahren und Vergütungssätze im Zusammenhang mit allfälligen Verfahren. Neu halte der Vertrag fest, dass TOI die Kosten der Kurtaxen-Kontrollen bei den Beherbergenden aus Kurtaxen-Einnahmen bestreiten dürfe. Diese Anpassung sei wichtig für die Legitimation der Kurtaxen-Kontrollen und sollte keine unnötige Verzögerung erfahren. Er bitte deshalb darum, den Ergänzungen der Artikel 8 und 8a im Kurtaxenreglement zuzustimmen.

Das Eintreten wird nicht bestritten.

*Irene Thali* erläutert, dass die Fraktion SP/Grüne dem Antrag zustimmen werde, damit weitergearbeitet werden könne. Das heisse nicht, dass sie nicht ein «Ja, aber» vor das ganze Kurtaxenreglement setzen würden. Das sei jedoch eine andere Diskussion, wie gehört gebe es Verträge und es seien andere Gemeinden involviert. Dem vorliegenden Geschäft aus Groll oder weil man etwas verändern möchte nicht zuzustimmen sähen sie als nicht produktiv an.

*Josia Reichen* erklärt namens der Fraktion SVP/EDU, die Überarbeitung des Kurtaxenreglements sei überfällig und mache Sinn. Auch wenn sie in gewissen Bereichen noch weitere Anpassungen gewünscht hätten. So müsste TOI stärker in die Pflicht genommen und die Verträge entsprechend angepasst werden, sodass der Tourismus im Grundsatz die Kosten, die er verursache, selbst trage. Das schulde man den Einheimischen. Sie würden der Reglementsänderung zustimmen.

**Beschluss:**

1. Die Änderungen von Artikel 8 und 8a werden genehmigt.
2. Die Änderungen treten auf 1. Juli 2025 in Kraft.
3. Sie unterstehen dem obligatorischen Referendum.

(einstimmig)

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* dankt und erklärt, er wisse, dass es weitere latente Punkte gebe. Man arbeite schon eine Weile daran. Seine Bemühungen, bei der Tourismusorganisation bezüglich Kurtaxen Anpassungen zu bewirken, seien bisher im Sand verlaufen. Das Einzige, was er erreicht habe, sei

der Kickback von TOI an die Gemeinden 2024 und 2025 unter dem Titel Willkommenskultur und Beitrag an die höhere Belastung der Infrastruktur (Abfall, Bepflanzung, etc.). Da habe man einen kleinen Teilerfolg erzielt, und er möchte das im Kurtaxenreglement festschreiben, damit man verlässliche Beiträge erhalte. Der Prozess dauere jedoch relativ lange, da das Kurtaxenreglement kein reines Gemeindereglement sei, sondern an übergeordnetes Recht gebunden sei, welches die Grundlage liefere. Deshalb könne man das Geld, das durch die Kurtaxe eingenommen werde, nicht beliebig nutzen. Das Ziel wäre jedoch eine etwas elastischere Interpretation davon, was man leisten könnte. Daran müsse man arbeiten.

**38**            **B2.2.1**            Allgemeine Akten, Grundsätze, Verfahren (Baubewilligungen)

**Überbauungsordnung Nr. 24 «Hotel Ostbahnhof», Beschluss**

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

*Gemeinderat Franz Christ* erläutert, dass man im Gebiet Ostbahnhof in einem qualitätssichernden Verfahren herausgearbeitet habe, wie es sein könnte, wenn man auf dem Parkplatz der BOB ein Hotel bauen würde. Die Überbauungsordnung Nr. 24 liege nun vor. Das Gebiet sei im Besitz der BOB und derzeit ein Park+Ride, Bike+Ride und Carterminal. Es sei aus regionaler Sicht bestens erschlossen. Für eine Überbauung brauche es eine Umzonung, da es derzeit als Bahnareal eingetragen sei.

Mit den Investoren der BOB sei ein Grundmuster entwickelt worden. Dabei wurde schon vieles berücksichtigt: die grossen Platanen, die Durchleitungen der Kanalisation, die Anzahl Zimmer, die Umgebung Ostbahnhof, der Erhalt der Car-Schleife – all das sei in die Überbauungsordnung eingearbeitet worden. Diese sei vom Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) vorgeprüft und anschliessend bereinigt und öffentlich aufgelegt worden. Erstaunlicherweise sei nur eine Einsprache eingegangen, die vor allem die Parkierung betroffen habe. Diese habe man bereinigen können. Nun brauche es die Beschlussfassung durch den GGR, danach gehe die Überbauungsordnung zur Genehmigung ans AGR.

Aus Sicht von Franz Christ macht das Hotel einen guten Eindruck und würde sich bestens in die Umgebung einfügen – es könnte eine gefreute Sache geben. Er verweist auf die umfangreichen Unterlagen, die auch die ganze Entwicklung des Projekts abbilden würden. Dahinter stecke eine grosse Arbeit. Er sei erfreut, dass es ohne Einsprachen in den GGR komme. Das zeige, dass gute Arbeit geleistet worden sei, wofür er sich bei allen Beteiligten bedanke.

Das Eintreten wird nicht bestritten.

*Franziska Foiera* erklärt, die EVP/GLP-Fraktion werde der Überbauungsordnung zustimmen. Es sei eine sinnvolle Entwicklung und ein klarer Mehrwert für das Areal.

*Florian Simmler* erläutert, die Fraktion SP/Grüne werde dem Antrag ebenfalls zustimmen. Es sei ein optimaler Standort für ein Hotel, mit Anbindung an den öV und einem Carterminal nebenan. Das Ganze sei sauber aufgegleist und die einzige Einsprache zurückgezogen worden. Er gehe nicht davon aus, dass die BOB dort Wohnungen bauen würde, wenn sie dürfte, entsprechend gehe diesbezüglich nichts verloren. Eine Ablehnung wäre ein schlechtes Zeichen gegenüber künftigen Investoren.

*Toni Danieli* ergänzt, auch die FDP-Fraktion werde dem Projekt zustimmen. Sie sähen einen Mehrwert, es brauche ein Hotel, es schaffe Arbeitsplätze, und es seien genügend Parkplätze vorhanden. Er dankt den Initiatoren des Projekts sowie dem Gemeinderat für die guten Unterlagen, da stecke viel Arbeit dahinter.

*Marcel von Allmen* erwähnt, die SVP habe bereits das Des Alpes-Hotelprojekt unterstützt, da es in Interlaken zu wenig Hotelbetten gebe. Sie hätten auch festgestellt, dass man je länger, je mehr mit Airbnb zu kämpfen habe. Dieses Hotelprojekt könne dem entgegenwirken. Damit könne man die benötigten qualitativ guten Betten schaffen. Sie würden auf jeden Fall zustimmen.

*André Chevrolet* lobt die Integration der Dienstwohnungen in die Planung. Es sei ein cleverer Schachzug, da in der Region in der Hotellerie die Personalzimmer und -wohnungen fehlten. Das sei in der Überbauungsordnung berücksichtigt.

#### **Beschluss:**

1. Die Überbauungsordnung Nr. 24 «Hotel Ostbahnhof» mit Zonenplanänderung wird beschlossen.
2. Dem Amt für Gemeinden und Raumordnung wird beantragt, die Überbauungsordnung zu genehmigen.
3. Das Geschäft untersteht dem fakultativen Referendum.

(einstimmig)

*Gemeinderat Franz Christ* dankt allen und verabschiedet sich mit diesem letzten Geschäft. Er wünscht dem neuen Gemeinderat viel Erfolg.

### **39            B3.01.3.1            Motionen**

#### **Motion Häsler/von Allmen, Günstigere Elektrizitätsenergiepreise für Interlaken, Beantwortung**

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

*Gemeinderat Christoph Betschart* legt die Stellungnahme des Gemeinderats dar. Als die Motion im Frühling eingereicht worden sei, habe wohl niemand Freude gehabt an den hohen Energiepreisen der IBI 2023 und 2024. Wie sei es dazu gekommen? Die IBI beschaffe Energie nach einer Energiebeschaffungsstrategie. Das sei bis zum Ukraine-Krieg sehr gut gegangen. Man habe 10 Jahre lang immer günstiger eingekauft als z.B. die Kunden der BKW zahlen mussten. Als der Krieg von Russland gegen die Ukraine den ganzen Energiesektor durcheinanderbrachte und die Preise steigen liess, sei die Energiebeschaffungsstrategie nicht optimal gewesen, und die IBI musste relativ hohe Preise zahlen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Unter dem Strich hätten die Kunden der IBI in den letzten 10 Jahren insgesamt immer noch weniger bezahlt als bei der BKW. Nichtsdestotrotz habe die IBI die Lehren gezogen und ihre Beschaffungsstrategie angepasst. Da sich die Energiepreise schlagartig ändern könnten, brauche es eine gewisse Flexibilität.

Dementsprechend sei die Forderung der Motionäre, die Struktur der Beschaffung zu prüfen und anzupassen, bereits erfüllt. Auch im Verwaltungsrat bzw. in der Leitung seien Massnahmen ergriffen worden. Mit Heinz Binggeli habe die IBI einen guten Verwaltungsratspräsidenten, der selber auch ein EW führe. Die Forderung, dass die Gemeinde die Energiepreise senken solle, sei nicht so einfach zu erfüllen. Es gebe ein Reglement der eidgenössischen Elektrizitätskommission und klare Vorgaben, wie sich die Energiepreise zusammensetzten. Die Beschaffungskosten würden den Kunden weiterverrechnet. Die IBI habe einen kleinen Ausgleichspool, um kleinere Preisschwankungen abfedern zu können; das reiche jedoch nicht, wenn die Energiemärkte um 100 oder 200 % stiegen oder fielen. Wenn die Energie vergünstigt werden sollte, müsste das irgendjemand bezahlen. Die IBI habe nicht die Mittel, die Energie künstlich zu vergünstigen oder zu subventionieren. Es gehe um relativ viel Geld. Die IBI setze pro Jahr 100 GWh Energie auf dem Bödeli ab; eine Vergünstigung um nur 1 Rappen würde 1 Million Franken kosten. Die finanzielle Situation der Gemeinde würde es wahrscheinlich nicht zulassen, grössere Subventionen zur Senkung der Energiepreise zu sprechen.

Der Gemeinderat beantrage, die Motion nicht erheblich zu erklären. In der Zwischenzeit sei bekannt geworden, dass die IBI die Strompreise für 2025 um rund 25 % senken konnte. Zugegebenermassen von einem hohen Niveau. Man gehe aber davon aus, dass die Preise 2026 nochmals gesenkt werden könnten, wenn sich die Energiepreise weiterhin stabil verhielten. Das Ziel sei, wieder auf das Preisniveau der umliegenden Gemeinden zu kommen, wenn möglich wieder leicht unter den BKW-Preisen. Die Strukturen bei der Beschaffung seien wie erwähnt etwas angepasst und im Verwaltungsrat gewisse Massnahmen ergriffen worden.

Sollte die Motion erheblich erklärt werden, müsste der Gemeinderat dem GGR einen Vorschlag vorlegen, wie die Energie subventioniert werden könnte. Er habe vorhin ein Preisschild gezeigt, und er wisse nicht, ob dafür dann genug Geld zur Verfügung stünde.

*Motionär Erich Häsler* erklärt, sie hätten nie eine Vergünstigung gefordert. Es seien sehr fadenscheinige Begründungen vorgebracht worden. Die Gaspreise seien in Europa schon ein Dreivierteljahr vor dem Ukraine-Krieg angestiegen. Er dankt für den Bericht, der vieles aufzeige und sehr einsichtig sei – indirekt werde aufgezeigt, dass bei der IBI doch einiges falsch gelaufen sei. Es sei einfach gewesen, die Motion so zu behandeln, da seit dem Frühling jeder gewusst habe, dass die Preise sinken würden. Die Strukturen seien verbessert worden. Ob das stimme, sehe man dann beim nächsten Mal, wenn es eine Verwerfung gebe. Aus seiner Sicht wäre es eine Chance gewesen, sich besser aufzustellen, d.h. unter Umständen einen grösseren Partner ins Boot zu holen. Den Vergleich mit der BKW finde er schlecht. Man solle sich an den Besseren orientieren, nicht an den Schlechteren. Er könne diejenigen verstehen, die die Motion ablehnten, er selbst werde das natürlich nicht tun.

*Dorothea Simmler* dankt für die anschaulichen und plausiblen Ausführungen. Der Strommarkt bewege sich sehr volatil, und wer einmal die KWO besucht und gesehen habe, wie beim Handel mit Spitzenenergie Sekundenbruchteile über Gewinn und Verlust entscheiden würden, könne sich vorstellen, wie schwierig das sei. Es bestreite niemand, dass es Fehleinschätzungen gegeben habe, aber man müsse eine Mischrechnung machen – es reklamiere ja auch niemand, wenn man für den Strom wenig zahle. Mit der IBI habe man einen ortsnahen Dienstleister, der sehr gut für den Unterhalt der Infrastruktur Sorge, bei Stromausfall zeitnah reagiere und den Ausbau der Solarenergie vorantreibe. Zudem sei die IBI ein wertvoller Arbeitgeber, der auch als Lehrlingsausbildner ausgezeichnet worden sei. Dem müsse man Rechnung tragen. Hohe Strompreise sollten auch dazu ermutigen, den eigenen Konsum zu hinterfragen und wo nötig einzuschränken, den Energieverbrauch mit neuen Technologien zu reduzieren und mit der Energie sorgsam umzugehen.

*Manuela Nyffeler* hinterfragt die im Bericht des Gemeinderats als Optimierung aufgeführten Veränderungen im IBI-Verwaltungsrat. So sei der Präsident seit 2012 Vizepräsident gewesen. Auch der Wechsel der Gemeinderatsvertretung sei keine Veränderung der Struktur bzw. der strategischen Ebene.

*Gemeinderat Christoph Betschart* erklärt, dass das Verwaltungsratspräsidium eine höhere Funktion sei als das Vizepräsidium und stärker steuere. Der Verwaltungsrat sei gut und breit aufgestellt. Neben dem Präsidenten, der als CEO des Energie Service Biel vom Fach sei, gebe es im IBI-Verwaltungsrat Ökonomen, Juristen, KMU- und Exekutiv-Vertreter und Leute mit technischem Hintergrund – dieser sei somit gut aufgestellt, um die Geschäftsleitung zu messen. Er verweist zudem auf die Eigentümerstrategie der Gemeinde Interlaken. So verlange die Gemeinde als Hauptaktionärin gemäss Ziffer 3.3 der Eigentümerstrategie von der IBI günstige Preise. Das sei 2023/2024 nicht erfüllt worden. Es habe deshalb ein Gespräch zwischen dem Gemeinderat und dem Verwaltungsrat gegeben. Die Mechanismen würden also funktionieren und der Gemeinderat eingreifen, wenn er das Gefühl habe, dass die IBI ihren Auftrag nicht erfülle.

*Roger Rüggeger* schlägt eine kurze Pause vor, um die vielen neuen Erkenntnisse diskutieren zu können. *Ratspräsidentin Anja Liechti* legt einen Sitzungsunterbruch von fünf Minuten fest.

*Erich Häsler* möchte die Motion weiterhin erheblich erklären. Es gehe um weitere Kontrolle. Er fügt an, dass es auch ohne die IBI Personen auf Platz gäbe, um das Stromnetz zu betreuen, und entsprechend auch Lehrlingsauszubildende. Er erwarte von jedem Stromanbieter, dass es immer Strom gebe. Sparen und verzichten ging vielleicht vor 30, 40 Jahren. Heute gehe ohne Strom gar nichts mehr.

*Dorothea Simmler* ergänzt ihr Votum mit dem Hinweis, dass die SP/Grünen den Vorstoss als nicht erheblich erklären würden.

**Beschluss:**

Die Motion Häsler / von Allmen, Günstigere Elektrizitätsenergiepreise für Interlaken, wird nicht erheblich erklärt.

(14:12 Stimmen)

*Gemeinderat Christoph Betschart* dankt und erklärt, dass der Gemeinderat selbstverständlich weiterhin die IBI weiterentwickeln werde. Das Ziel sei, die Region mit günstiger Energie versorgen zu können.

Da es vereinzelt Verwirrung und Zweifel am Abstimmungsresultat gibt, stellt *André Chevrolet* den Ordnungsantrag, das Ergebnis der Abstimmung zu überprüfen.

*Ratspräsidentin Anja Liechti* stellt nochmals die gleichen Abstimmungsfragen zur Erheblicherklärung der Motion. Die Wiederholung der Abstimmung führt zum gleichen Ergebnis:

1. Wer die Motion als erheblich erklären will, zeige dies mit Handerheben: 12.
2. Wer die Motion als nicht erheblich erklären will, zeige dies auch mit Handerheben: 14.

Das heisst, die Motion Häsler / von Allmen, Günstigere Elektrizitätsenergiepreise für Interlaken, wird mit 14 zu 12 Stimmen nicht erheblich erklärt.

#### 40            B3.01.3.1            Motionen

##### **Motion Wanner/von Allmen, Übernachtungen in Wohnwagen und Campern auf öffentlichen Parkplätzen respektive dem gesamten Gemeindegebiet zu untersagen, Begründung**

*Motionär Stefan Wanner* erklärt, er habe am 15. Oktober die Motion bezüglich der Parkplatzprobleme mit Campern und Wohnmobilen auf öffentlichen Parkplätzen eingereicht und damit den Gemeinderat aufgefordert, Übernachtungen in Campern und Wohnmobilen auf öffentlichen Parkplätzen sowie auf dem ganzen Gemeindegebiet zu untersagen und mit den umliegenden Gemeinden Verhandlungen zur Schaffung eines Stellplatzes ausserhalb des Zentrums aufzunehmen.

Die Sicherheitskommission habe zu diesem Thema einen Bericht und Antrag an den Gemeinderat eingereicht, der inhaltlich seiner Motion entspreche. Der Gemeinderat habe das Thema aufgenommen und plane, das Geschäft im ersten Quartal 2025 dem Grossen Gemeinderat vorzulegen. Da seine Motion und der Antrag der SIKO den gleichen Inhalt hätten, sehe er keinen Grund, beides parallel weiterzuführen. Um nötige Ressourcen und Verwaltungskosten zu vermeiden, ziehe er seine Motion zurück.

#### 41            B3.E            Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)

##### **Orientierungen/Verschiedenes**

##### **Kenntnisnahme einer Abrechnung**

G-Nr. 1643

**Ersatz Wischmaschine** (Gemeinderat vom 23.10.2024)

Vom GGR am 12. Dezember 2023 bewilligt	CHF	250'000.00
Ausgegeben und abgerechnet	CHF	<u>248'884.15</u>
Kreditunterschreitung	CHF	<u>-1'115.85</u>

##### **Neue parlamentarische Vorstösse**

G-Nr. Int.2024-0256

Dringliche Motion Nyffeler Manuela und Thali Irene, Bemessung, Verwendung und Vollzug der Kurtaxe (Änderung des Kurtaxenreglements)

*Ratssekretärin Barbara Iseli* verliest die von Manuela Nyffeler (GLP) und Irene Thali (SP) sowie 24 Mitunterzeichnenden – d.h. allen anwesenden GGR-Mitgliedern – eingereichte Motion «Bemessung, Verwendung und Vollzug der Kurtaxe» (Änderung des Kurtaxenreglements):

Der Gemeinderat wird aufgefordert zu prüfen, welche Anpassungen im Kurtaxenreglement notwendig sind, um Bemessung, Verwendung und Vollzug der Kurtaxe zeitgemäss, transparenter und verbindlicher zu regeln.

Im Speziellen ist der Artikel 3 Bemessung anzupassen. Dabei sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Die Maximalbeträge der Kurtaxe sind unter Berücksichtigung der Preisentwicklung zu erhöhen.
- Der Gemeinderat soll einen Weg aufzeigen, wie künftig die Höhe der Kurtaxe nach Anhören der Tourismusorganisation Interlaken und nicht einzig durch diese festgelegt werden kann.

Des Weiteren sind folgende Themen zu prüfen:

- Aufhebung Unterscheidung Sommer- und Wintertarif (Artikel 3 Bemessung)
- Überprüfung des Prozesses und der Kontrolle und Rechenschaftsablegung über die Verwendung der Kurtaxe durch die Organe (Aufsichtspflicht Gemeinderat) (Artikel 6 Bezug, Ziffer 4)
- Die Möglichkeit der Verwendung der Kurtaxe soll klarer eruiert werden und die Definition was rechtlich «im Interesse der Gäste» bedeutet, geklärt und möglichst grosszügig ausgelegt werden. (Artikel 12 Verwendung)
- Es ist eine Vereinheitlichung des Kurtaxenregimes mit den zur Destination Interlaken gehörenden Gemeinden anzustreben. Dies mit dem Ziel, die Inkassomassnahmen bei Plattformbetreibenden zu vereinfachen und zu automatisieren.

Dem Grossen Gemeinderat sind entsprechend notwendige Änderungen im Kurtaxenreglement zu unterbreiten. Der Gemeinderat hat zu prüfen, ob für die Ausarbeitung der Anpassungen im Kurtaxenreglement eine nicht ständige Kommission oder eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen aus den Parteien und dem Tourismus einzuberufen ist.

Begründung Dringlichkeit

In den letzten Jahren wurden vor allem im Zusammenhang mit der Vermietung von Wohnungen über Plattformen Änderungen am Kurtaxenreglement vorgenommen. Die Anpassungen waren wichtig und ermöglichen es den zuständigen Stellen, effizienter und verbindlicher zu arbeiten. Eine grundlegende Überarbeitung des Reglements, die die Erfahrungen aus der Pandemie sowie die angepasste wirtschaftliche Lage berücksichtigt, steht weiterhin aus. Die Kurtaxen wurden seit dem Jahr 2005 nicht an die Preisentwicklung angepasst. Aufgrund der bestehenden Fristen zur Bemessung der Kurtaxe, der Tatsache, dass deren Bemessung und der Entscheid über deren Verwendung derzeit einzig in der Hand der Tourismusorganisation Interlaken liegen, sowie wegen der aktuellen finanziellen Lage der Gemeinde und der Stimmung in der Bevölkerung, erachten die Motionärinnen die Dringlichkeit des Geschäftes als angemessen.

Dringlichkeit

*Ratspräsidentin Anja Liechti* unterbricht die Sitzung für 5 Minuten, damit das Büro des Grossen Gemeinderats über die Dringlichkeit des Vorstosses entscheiden kann. (Zweitunterzeichnerin Irene Thali tritt in den Ausstand.)

Nach dem Sitzungsunterbruch teilt *Ratspräsidentin Anja Liechti* mit, dass das Büro die Dringlichkeit bejahe. Sie gibt das Wort an Erstunterzeichnerin Manuela Nyffeler zur Begründung der Motion.

Begründung

*Manuela Nyffeler* führt aus, dass das Kurtaxenreglement letztmals im Jahr 2019 geändert wurde. Seither gab es die Corona-Pandemie mit spürbaren Auswirkungen auf den Tourismus und die Gemeindefinanzen. Heute besuchten die Gäste im Sommer wie im Winter in grosser Zahl unsere Region. Mit allen Vor- und Nachteilen. Das Buchungs- und Reiseverhalten der Gäste habe sich in den letzten Jahren massge-

blich verändert. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre und mit Blick in die Zukunft sei nun der richtige Zeitpunkt, das Kurtaxenreglement genau zu prüfen und anzupassen – insbesondere in Bezug auf die Bemessung der Kurtaxe und die Verwendung der Einnahmen.

Diverse Rückmeldungen aus der Bevölkerung zeigten, dass das Verständnis und der Goodwill gegenüber dem (Massen-)Tourismus seine Grenzen erreicht habe und dringend Massnahmen getroffen werden müssten. Am Wahlsonntag vom 24. November 2024 habe die Bevölkerung in Interlaken über das Budget 2025 abgestimmt. Die Stimmbeteiligung sei mit 45.2 % recht hoch gewesen, die Zustimmung mit 50.8 % aber sehr knapp ausgefallen. Sie deuteten die vielen Nein-Stimmen zu einem grossen Teil als Unzufriedenheit und Unverständnis darüber, dass die Einheimischen mehr Steuern bezahlen sollten, obwohl Massen von Touristen in unsere Region strömten und bereit seien, hier Geld auszugeben. Die Bevölkerung müsse mehr von diesen Einnahmen profitieren können und dies im Alltag spüren. Die Kurtaxe müsse der allgemeinen Preisentwicklung angepasst werden. Die Kosten für die Infrastruktur und deren Unterhalt würden steigen, nicht aber die Einnahmen. Schon mehrmals sei im Parlament gesagt worden, dass der Gemeinderat in dieser Hinsicht aktiv werden solle. Der Gemeindepräsident habe vorhin über seine entsprechenden Vorstösse berichtet. Bisher habe es Rückzahlungen aus Kurtaxen im Umfang von 200'000 Franken gegeben, durch TOI an die Gemeinden. Für die Zukunft fehle jedoch eine verbindliche und klare Regelung für die Mittelverwendung und allfällige Mittelrückflüsse.

Zuletzt sei die Kurtaxe auf CHF 2.20 im Winter und CHF 2.50 im Sommer angesetzt worden – dieser Beschluss stamme allerdings aus dem Jahr 2005, das sei bald 20 Jahre her. Eine Erhöhung und damit Anpassung an die Preisentwicklung sei dringend angezeigt. Ein Vergleich mit den umliegenden Tourismusgemeinden zeige, dass die meisten in den letzten Jahren ihre Arbeit gemacht und ihre Kurtaxe erhöht hätten. Einige Beispiele aus der Region Berner Oberland (pro erwachsene Person, pro Nacht, exkl. Beherbergungsabgabe von CHF 1.–):

- Grindelwald CHF 4.20
- Adelboden CHF 4.20
- Thun CHF 3.50
- Spiez CHF 3.50

Interlaken dürfte sich ebenfalls eine Anpassung erlauben. Im Hinblick auf die zahlreichen Investitionen, die in den nächsten Jahren anstünden und von denen nicht nur die Einwohnerinnen und Einwohner, sondern auch die Gäste der Destination massgeblich profitieren würden, sähen sie die Zeit gekommen, eine Basis für die Zukunft zu schaffen. Das Parlament brauche mehr Einflussnahme und verfüge als Steuerungsinstrument über das Kurtaxenreglement. Die Motion habe zum Ziel, das Reglement gemeinsam mit Vertretungen aus Tourismus und Hotellerie anzupassen, um eine solide Grundlage für eine zeitgemässe, transparente und verbindliche Erhebung und Verwendung der Kurtaxeneinnahmen zu schaffen. Gleichzeitig solle geprüft werden, inwiefern die Abrechnung der Kurtaxe, beispielsweise über Plattformbetreibende, vereinfacht werden könne. Die Einnahmen sollten nicht nur den Touristen dienen, sondern auch der Region und ihren Einwohnerinnen und Einwohnern von Nutzen sein.

*Ratspräsidentin Anja Liechti* fragt den Gemeinderat, ob er sich dazu äussern wolle.

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* erklärt, dass der Gemeinderat die Motion anschauen und zeitnah wieder in den GGR bringen werde. Allenfalls könnten Vorschläge zum weiteren Vorgehen von einer bestehenden Struktur erarbeitet werden, ohne dass ein zusätzliches Instrument geschaffen werden müsse.

### **Wortmeldungen aus dem Rat**

*Adrian Aulbach* dankt als erstes den beiden anwesenden Medienschaffenden, stellvertretend für alle, die in den letzten vier Jahren aus dem GGR berichtet hätten. Es sei nicht selbstverständlich, dass es noch eine sinnvolle Berichterstattung über die Tätigkeit des GGR gebe. Es habe Kritik der Fraktionen untereinander gegeben oder gegenüber dem Gemeinderat, der GGR habe manchmal gute Arbeit geleistet, manchmal schlechte. Es sei wichtig, dass die Stimmberechtigten bei den nächsten Wahlen eine gute Entscheidungsgrundlage hätten und dass eingeordnet werde, ob der GGR gute oder schlechte Arbeit leiste. Auch wenn manchmal etwas, in das man viel Arbeit gesteckt habe, zerzaust werde.

Anfrage Aulbach, Versuchsbetrieb neue Buslinie

*Adrian Aulbach* fragt den Gemeinderat in Bezug auf das gestrichene Traktandum 6 Versuchsbetrieb neue Buslinie 108, ob er eine Möglichkeit sehe, eine schnelle Lösung zu finden und trotzdem eine Verbesserung bei der Busverbindung zu erreichen. Sei es ein Alleingang der Gemeinde Interlaken, dass der Bus in Interlaken halte, mit den Beiträgen von TOI am Bahnhof Matten halte und mit den Beiträgen des Gewerbes in Wilderswil in der Industriezone – und aufgrund des Wegfalls des Beitrags der Gemeinde Matten die Haltestellen in Matten wegfallen würden. Er glaube, diese Busverbindung wäre gut für Interlaken gewesen, sowohl für die Pendler ins neue Gewerbegebiet als auch für den Tourismus, insbesondere, dass der Skibus dadurch ersetzt werden könnte.

*Gemeindepräsident Philippe Ritschard* antwortet, die Geschäftsleitung der Regionalkonferenz habe morgen eine Sitzung, wo das Thema wieder aufgenommen werde. Es müsse neu aufgegleist werden; in der vorgeschlagenen Form sei es nicht mehr möglich gewesen, da der Kostenteiler nicht mehr gestimmt hätte. Man habe vom Kanton die Mitteilung erhalten, dass der Anteil der Gemeinden tiefer ausgefallen wäre. Das könnte unter Umständen andere Perspektiven öffnen. Man werde das in der Regionalkonferenz diskutieren und zeitnah wieder mit einem Vorschlag in den GGR kommen. Der Start wäre vielleicht nicht mehr im Sommer, sondern erst im Dezember 2025.

G-Nr. 10055

Anfrage von Allmen, Randständige und Drogenszene

*Marcel von Allmen* erklärt, er fände es grundsätzlich sehr gut, wenn einheimische Gastronomiebetriebe kontrolliert würden – auch, dass kein Alkohol an Jugendliche ausgeschenkt werde. Weniger toll sei, dass man den Rest ignoriere. Damit spreche er die Drogenszene in Interlaken an. Man habe seit Jahren nichts mehr gehört, wie es um die Randständigen stehe. Er möchte vom Gemeinderat wissen, wie die Situation momentan sei. Zudem möchte er wissen, ob es Erkenntnisse aus dem Abwasser gebe, welche Drogenprobleme Interlaken mittlerweile habe. Vor den Drogenproblemen dürfe man die Augen nicht verschliessen. Gleich hier, in 20 Meter Entfernung, sei ein grosser Drogenumschlagplatz. Das gebe ihm als Vater von zwei schulpflichtigen Kindern zu denken. Diese erzählten ihm, dass man ihnen Drogen angeboten hätte. Hier müsse die Gemeinde handeln. Wie gedenke man das zu tun?

*Gemeinderat Nils Fuchs* antwortet als Sozialvorsteher zur Randständigenszene: Es gebe zweimal jährlich einen runden Tisch mit allen Betroffenen – der BLS, der Polizei und dem Sozialdienst. Derzeit sei die Situation verhältnismässig ruhig. Die Gemeinde sei mit der aufsuchenden Sozialarbeit, mit Contact Mobil, präsent. Das sei der Link in die Szene. In Bezug auf den Konsum werde im Moment ein relativ intensiver Crack-Konsum festgestellt. Das sei im Moment die Droge, die im Trend sei. Bei der Szene im West habe man in den letzten Jahren eine Beruhigung feststellen können. Sie sei aber nicht verschwunden, die Leute würden sich nicht in Luft auflösen. Es werde in den nächsten Jahren eine vertiefte Auseinandersetzung brauchen, ob man eine Anlaufstelle brauche, oder ein Konsumstübli. Das sei aufgegleist, man sei sich dieser Fragen bewusst. Im Moment habe man am Westbahnhof glücklicherweise eine eher ruhige Situation im Vergleich zu früher. Zur restlichen Szene und zu den Drogenumschlagplätzen könnte allenfalls Gemeinderat Peter Michel etwas ergänzen.

*Gemeinderat Kaspar Boss* informiert, dass in der Abwasser Region Interlaken kein institutionalisiertes Drogenscreening stattfinde. Es gebe Stichproben-Beprobungen, die durch den Kanton durchgeführt würden. Die ARI erhalte aus Datenschutzgründen jedoch keine Rückmeldungen zu den abgelieferten Stichproben. Sie wüssten auch nicht, wann die Stichproben stattfänden. Das fände in der ganzen Schweiz so statt. Interlaken sei keine der Pilotanlagen, die systematisch mit einem Screening beprobt würden. Mit diesem Statement verabschiedet sich auch Kaspar Boss – vielleicht dürfe er in Zukunft wieder einmal in der Funktion als Vertreter der ARI Auskunft geben.

*Ratspräsidentin Anja Liechti* verabschiedet die austretenden GGR-Mitglieder mit einem Präsent:

- Dorothea Simmler, SP (seit 01.01.2012 im GGR, Präsidentin 2017)
- André Chevrolet, FDP (seit 01.01.2017 im GGR)
- Susanne von Hintzenstern, Grüne (seit 01.01.2018 im GGR)
- Michelle Trafelet, FDP (seit 01.01.2021 im GGR)

- Marko Bozic, SVP (01.01.2015-31.12.2020 und seit 01.06.2022 im GGR)
- Lars Frederiksen, GLP (seit 01.01.2021 im GGR)
- Christine Käser, GLP (seit 01.01.2022 im GGR)
- Toni Danieli, FDP (seit 01.07.2024 im GGR)
- Sabrina Amacher (seit 01.01.2017 im GGR, Präsidentin 2023), neu im Gemeinderat
- Erich Häsler (seit 01.01.2021 im GGR), neu im Gemeinderat

*Ratspräsidentin Anja Liechti* wünscht auch den scheidenden Gemeinderäten Kaspar Boss, Peter Michel, Franz Christ und Christoph Betschart alles Gute für die Zukunft.

*Ratsvizepräsidentin Pia Boss* verabschiedet Ratspräsidentin Anja Liechti. Mit Bezug auf deren Antrittsrede zitiert auch sie den Dalai Lama: Gehe einmal in einem Jahr dorthin, wo du noch nie warst. Sie erzählt, dass die Ratspräsidentin für den GGR-Ausflug einen Besuch in der Asylunterkunft auf dem Beatenberg organisiert habe. Dort seien sie empfangen worden wie der Bundesrat, mit viel Gebäck und süssen Getränken. Es sei sehr eindrücklich gewesen, wie die Leute ihr Schicksal erzählt hätten, das habe sie sehr berührt. Sie dankt der Ratspräsidentin für die Organisation des tollen Ausflugs und des heutigen Schlusssessens. Sie dankt der Ratspräsidentin auch für ihre gute Sitzungsleitung – dabei habe sie sogar einmal einen Stichtentscheid fällen dürfen – und für ihren Einsatz.

*Ratspräsidentin Anja Liechti* erklärt in ihrem Schlusswort, sie habe umgesetzt und versucht umzusetzen, was ihr wichtig gewesen sei. Sie dankt allen herzlich für ihr Engagement für die Gemeinde Interlaken und deren Bevölkerung. Es sei nicht immer einfach, im GGR die Meinung der Einwohnerinnen und Einwohner zu vertreten. Es sei einfacher zu reklamieren über das, was andere machten, als selber etwas beizutragen. Sie dankt auch ihren Stimmzählerinnen und der Gemeindeschreiberin. Sie schliesst mit einem Zitat von Oscar Wilde: Wir können den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen.

Zum Schluss weist *Ratspräsidentin Anja Liechti* auf das neue Datum der GGR-Sitzung im August hin und schliesst die Sitzung mit Glockenzeichen.

Schluss der Sitzung: 17:35 Uhr

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Die Stimmzählerinnen

## Genehmigungsvermerk

Das vorliegende Protokoll ist gestützt auf Artikel 36 Absatz 3 des Geschäftsreglements des Grossen Gemeinderats vom 19. Oktober 1999 durch die Ratspräsidentin, die Ratsvizepräsidentin und die beiden Stimmzählerinnen auf dem Zirkularweg genehmigt worden.

Interlaken, 10. Januar 2025

Die Ratssekretärin

Barbara Iseli

## Statistik

	<b>2024</b>	2023	2022	2021	2021-24 Schnitt	2017-20 Schnitt
Anzahl Sitzungen	<b>5</b>	7	5	7	6	6,75
Anzahl Traktanden	<b>41</b>	46	40	57	46	52,3
Sitzungsdauer	<b>10 h 5'</b>	11 h 50'	10 h 10'	14 h 45'	11 h 43'	13 h 59'
Sitzungsdauer pro Sitzung	<b>2 h 1'</b>	1 h 41'	2 h 2'	2 h 6'	1 h 58'	2 h 4'
Sitzungsdauer pro Traktandum	<b>15'</b>	15'	15'	15' 32"	15' 8"	16' 3"
Präsenz Ratsmitglieder <sup>1</sup>	<b>88 %</b>	81 %	90 %	89 %	87 %	90 %
FDP	<b>91 %</b>	88 %	94 %	88 %	90 %	89 %
SVP	<b>83 %</b>	88 %	89 %	88 %	87 %	88 %
SP	<b>90 %</b>	79 %	93 %	88 %	88 %	87 %
GLP <sup>2</sup>	<b>96 %</b>	83 %	84 %	89 %	88 %	
Grüne	<b>70 %</b>	21 %	90 %	86 %	67 %	92 %
EVP	<b>90 %</b>	100 %	100 %	100 %	98 %	94 %
EDU	<b>80 %</b>	86 %	60 %	86 %	78 %	100 %
Delegation Jugendparlament <sup>3</sup>	<b>50 %</b>	20 %	40 %	57 %	42 %	78 %

<sup>1</sup> ohne Delegation Jugendparlament

<sup>2</sup> neu ab 2021

<sup>3</sup> vakante Sitze nicht als Abwesenheit bewertet